

Kurzbericht

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(57. - öffentliche - Sitzung am 22. Mai 2024)

Tagesordnung:

1. **Gesund im öffentlichen Dienst: Betriebliche Fitness für Bedienstete des Landes als attraktiver Arbeitgeber**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3989](#)

Der Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Er kommt überein, die Beratung noch vor der Sommerpause fortzusetzen.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung**

dazu: **Vorlage 134** (MF) Ergebnis der Steuerschätzung vom 14. bis 16. Mai 2024

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Die Vorlage 134 nimmt er zur Kenntnis.

3. a) **Vierteljahresbericht über die Haushalts- und Kassenlage - 1. bis 4. Haushaltsvierteljahr 2023**

dazu: **Vorlage 133** (MF) Vierteljahresbericht über die Haushalts- und Kassenlage - 1. bis 4. Haushaltsvierteljahr 2023

1. Nachtrag zur Vorlage 133

Der Ausschuss nimmt die Vorlage 133 einschließlich des 1. Nachtrags zur Kenntnis. Ferner kommt er überein, eine in diesem Zusammenhang von der CDU-Fraktion beantragte Unterrichtung durch die Landesregierung über den Stand der Förderkulissen des Sofortprogramms zur Bewältigung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine in seiner für den 5. Juni vorgesehenen Sitzung entgegenzunehmen.

b) **Vorlagen**

Vorlage 131 (MF) Meldungen von Sachverständigenleistungen gem. Nr. 6 der Anlage zu VV Nr. 3.1 zu § 55 LHO im Haushaltsjahr 2023

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Vorlage 132 (MF) Wiederbesetzung von Stellen gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben (0301, 0318, 0406, 0703, 0705, 1101)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

4. **Sinnvoll und zielgerichtet fördern - Landeszuschüsse evaluieren und reformieren!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3643](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort. Er bittet die Landesregierung um einen Zwischenbericht über die Arbeit des Interministeriellen Arbeitskreises zur Vereinfachung der Förderverfahren des Landes durch dessen Sprecherin bzw. Sprecher in einer der nächsten Ausschusssitzungen.

5. **Niedersachsen zusammen gegen das Hochwasser - die Folgen der Fluten bewältigen, Konsequenzen für die Zukunft ziehen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3373](#)

Der Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen, führt darüber eine Aussprache und setzt die Mitberatung fort. Er stimmt auf eine entsprechende Bitte der Landesregierung hin der mit Schreiben des MF vom 21. Mai 2024 übersandten Übersicht über die Aufteilung der Haushaltsmittel aus dem Sofortmaßnahmenprogramm „Weihnachts-Hochwasser 2023“ einstimmig zu. Ferner kommt er überein, die Mitberatung in seiner für den 5. Juni vorgesehenen Sitzung abzuschließen und dem - federführenden - Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz einen Auszug aus der Niederschrift über diesen Tagesordnungspunkt zukommen zu lassen.

6. **Jüdisches Leben in Niedersachsen schützen - Antisemitismus konsequent vorbeugen und bekämpfen!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2713](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch und schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen an, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD
Ablehnung: -
Enthaltung: -

7. **Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis heute zur Neuausschreibung und zur Vergabe der Spielbankenzulassung ab 2024 sowie zum Sachstand hinsichtlich der beantragten Interimszulassung**

Der Ausschuss beschließt gemäß § 95 a Abs. 1 GO LT, die von der Landesregierung bezeichneten Teile der ihm mit Schreiben des Finanzministeriums vom 17. Mai 2024 vorgelegten Akten für vertraulich zu erklären.

Ferner beschließt er, jeweils zwei Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der Fraktionen als anderen Personen im Sinne des § 95 a Abs. 5 GO LT die Einsichtnahme in die vertraulichen Unterlagen zu gestatten, dies jedoch nur unter der Voraussetzung, dass diese Personen insoweit zuvor von der Landtagsverwaltung unter Hinweis auf die Strafbarkeit der Verletzung der Geheimhaltungspflicht förmlich zur Geheimhaltung verpflichtet worden sind.

8. **Antrag der Fraktion der CDU auf Unterrichtung zu den aktuellen Vorgängen um die Interimskonzession für die niedersächsischen Spielbanken**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion zu, nimmt die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache.